

Protokoll des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 12.12.2022

Uhrzeit: 15.30 Uhr – 17:45 Uhr

Teilnehmende

Mitglieder

Thies Teegen, Janine Kolbig, Esther Zelenka, Thomas Bartels, Christian Sach, Silke Haß, Markus Haß, Petra Jütting, Kerstin Scheinert, Dr. F.- Michael Niemann, Niels Luithardt, Cortina Bittner, Ralf Paulsen, Kirsten Grundmann, Stefan Jöns, Jürgen Trinkus, Ursula Kleinert, Andreas Kölln, Fritz Bremer, Karl-Heinz Petersen, Anna-Maria Koolwaay, Karin Pfeiffer, Michaela Pries

Gäste

Andre Delor, Sonja Steinbach, Nadine Sierks, Ralf Boysen, Maja Hidic, Sanja-Marie Hagge, Ursula Hegger, Henrike Bleck, Moritz Magnussen, Arne Braun

1. Begrüßung

Michaela Pries

Michaela Pries begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste ganz herzlich. Es stellen sich die Gäste vor.

2. Aktuelles

Henrike Bleck, Moritz Magnussen

Medizinische Versorgungszentren

Aktuell befasst sich der Landtag mit zwei Anträge zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen. Dabei geht es vor allem um die Einrichtung eines Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit Behinderungen (MZEB). Ein MZEB arbeitet ambulant und ergänzt das bestehende medizinische Versorgungsangebot der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. An einem MZEB werden Menschen mit geistiger Behinderung oder Mehrfachbehinderung, die aufgrund der Art, Schwere oder Komplexität ihrer Behinderung eine spezielle medizinische Versorgung benötigen, versorgt. Zur Ausgestaltung der MZEBs haben verschiedene Mitglieder Fragen.

Alle Landtagsfraktionen unterstützen die Anträge. Die Mitglieder des Sozialausschusses werden sich mit diesem Thema weiter befassen. Die Landesbeauftragte wird weiterhin die Landtagsfraktionen dazu intensiv beraten. Die Anträge werden mit dem Protokoll verschickt.

Kompetenzzentrum Gewaltschutz

Henrike Bleck berichtet von dem Antrag „Frauen schützen – Kompetenzzentrum gegen geschlechtsspezifische Gewalt“, der von allen Fraktionen des Landtages unterstützt wird. Eine Aufgabe des Kompetenzzentrums soll es bisher sein z. B.

Strategien zur Bekämpfung von Gewalt und zur Stärkung von Präventionsmaßnahmen zu entwickeln.

Außerdem will der Landtag weitere finanzielle Mittel zur Stärkung von Frauenfacheinrichtungen ermöglichen. Damit können z. B. mehr Plätze in Frauenhäusern geschaffen und qualitative Standards sichergestellt werden. Die Anträge werden mit dem Protokoll versendet.

Betreuungsrecht

Zum 1.1.2023 treten die Reformen zum Vormundschafts- und Betreuungsrecht in Kraft. Eine wesentliche Änderung ist die Einführung des Instrumentes der erweiterten Unterstützung von gesetzlich Betreuten. Das Instrument der erweiterten Unterstützung soll weit über die bisherige „Vermittlung“ hinausgehen. Da bislang noch nicht ausreichend wissenschaftlich nachgewiesen werden konnte, ob dieses Instrument tatsächlich ein geeignetes und verhältnismäßiges Mittel zur Vermeidung einer Betreuung darstellt, soll dieses modellhaft bei den Betreuungsbehörden der Kreise Segeberg und Schleswig-Flensburg erprobt werden.

Reaktionen der Ministerin Prien auf den IQ-Bildungstrend 2021

Moritz Magnussen berichtet vom IQ-Bildungstrend, der die Kompetenzen von Kindern in der 4. Schulklasse erhebt. Die Leistungen der schleswig-holsteinischen Schüler und Schülerinnen waren im Ländervergleich unterdurchschnittlich. Die Bildungsministerin hat als Erklärung dazu missverständliche Zusammenhänge zur Inklusion und Kindern mit Migrationsgeschichte hergestellt. Die Landesbeauftragte hat direkt nach der Veröffentlichung Kontakt zur Bildungsministerin aufgenommen. Es besteht von Seiten der Ministerin Offenheit bzgl. eines Austausches zum Thema Inklusion.

Erhöhung des Landesblindengeldes und Einführung eines Gehörlosengeldes

Aktuell befasst sich der Sozialausschuss mit mehreren Anträgen zur Erhöhung des Landesblindengeldes und der Einführung eines Gehörlosengeldes. Der Sozialausschuss führt eine schriftliche Anhörung durch. Moritz Magnussen berichtet, dass die Landesbeauftragte mit den beiden Fachverbänden im Kontakt steht und sich grundsätzlich den Stellungnahmen der Verbände anschließt. Daneben ist ein weiterer wichtiger Punkt für die Landesbeauftragte, dass grundsätzlich eine Diskussion stattfinden sollte, inwiefern weitere Personengruppen von Menschen mit Behinderungen für die Zahlung von Pauschalbeträgen einbezogen werden können.

3. Kleiner Jahresrückblick aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe Focal Point

Janine Kolbig berichtet von anfänglichen Schwierigkeiten bzgl. der Kommunikation und Arbeitsweise der Arbeitsgruppe. Aktuell wird an der Entwicklung einer Fortbildung zur Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Ministerien gearbeitet. Geplant ist, dass die Fortbildung auch von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe durchgeführt wird.

Arbeitsgruppe Frauen

Petra Jütting stellt die Aktivitäten der Arbeitsgruppe dar. Die Mitglieder haben unter anderem eine Stellungnahme zu dem Bericht der Umsetzung der Istanbulkonvention (AG 35) verfasst. Des Weiteren haben erste Gespräche und Vernetzungen zu Fach(beratungs)stellen stattgefunden.

Vertragskommission Landesrahmenvertrag

Kerstin Scheinert und Thomas Bartels berichten über ihre Arbeit zu den Verhandlungen des Landesrahmenvertrages. Beteiligt sind sie direkt in der Vertragskommission, der AG Partizipation und der AG Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Besonders heben sie die Ergebnisse aus der AG Partizipation hervor. Dort ist es gelungen, sich auf eine einheitliche Vergütung in Form von Pauschalen für die Bewohnerbeiräte und das Eckpunktepapier für Partizipation zu einigen. Ursula Hegger fügt an, dass aktuell an Tätigkeitsbeschreibungen für Peers als Mitarbeitende in den Leistungsangeboten der Eingliederungshilfe gearbeitet wird.

Frustrierend sind für Kerstin Scheinert und Thomas Bartels die aktuellen Entwicklungen in der Vertragskommission. Dabei geht es um die Vertragsgestaltungen ab dem 1.1.2023. In diesen Prozess waren weder die Landesbeauftragte noch die Mitglieder des Landesbeirates einbezogen. Außerdem wird durch die weitere Verlängerung der alten Vereinbarungen die Umsetzung des BTHG weiter verzögert.

Arbeitskreis Eingliederungshilfe

Ursula Hegger berichtet davon, dass sich der Arbeitskreis intensiv in einer Sitzung mit dem Thema Gewaltschutz in Einrichtungen der Eingliederungshilfe befasst hat. Der Arbeitskreis wurde dabei von einer Mitarbeiterin der „Petze – Institut für Gewaltprävention“ unterstützt. Die Landesbeauftragte entwickelt gemeinsam mit der Petze eine Broschüre incl. einer Checkliste mit dem Titel „Wirksamer Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe“, um eine gute Umsetzung der Gewaltschutzkonzepte zu fördern.

Landesarbeitsgemeinschaft zur Weiterentwicklung der Strukturen der Eingliederungshilfe

Markus Haß und Fritz Bremer berichten aus der Arbeit der Arbeitsgruppe. Ein Schwerpunkt war die Befassung mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf auf Grundlage der erstellten Broschüre. Die als Kernpunkte benannten Themen wurden für eine weitere Befassung in der LAG vorgemerkt. Befasst hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft schon mit dem Thema „Wohnen“ und mit dem strukturellen Mangel an Tagesförderstättenplätzen. In der Folge wurden Ursula Hegger und Janine Kolbig aus der LAG in eine Sitzung des Steuerungskreises Eingliederungshilfe eingeladen und stellten dort die bestehende Problematik vor. Die Kostenträger sagten zu, eine strukturierte Datenerhebung zur Versorgungssituation mit Plätzen in Tagesförderstätten durchzuführen. Im nächsten Jahr wird man sich auf Grundlage der Ergebnisse der Datenerhebung weiter gemeinsam mit diesem Thema befassen.

Arbeitsgruppe Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf

Fritz Bremer berichtet von der erarbeiteten Broschüre. Die Broschüre wurde in Schleswig-Holstein durch die Mitglieder der Arbeitsgruppe an verschiedensten Stellen platziert, wie z. B. Gesamt- und Teilhabeplaner der Leistungsträger, Schulen für Sozialberufe, Vertragskommission zum Landesrahmenvertrag und Politik etc.

4. Barrierefreiheit

Arne Braun

Auf der Sitzung des Landesbeirates am 24.10 haben die Mitglieder entschieden, sich in der Februarsitzung mit dem Thema Barrierefreiheit zu beschäftigen. Da verschiedene Personengruppen von Menschen mit Behinderungen sehr unterschiedliche Anforderungen an Barrierefreiheit haben, stellt Arne Braun im Rahmen einer PowerPoint Präsentation die Komplexität des Themas Barrierefreiheit dar. Üblicherweise werden die Bereiche, in denen Menschen mit Behinderungen auf Barrieren stoßen, fünf Kategorien zugeordnet. Dies sind die Bereiche Bauen (LBO), Öffentlicher Raum, Digitales, Kommunikation und Mobilität (ÖPNV). Arne Braun erklärt die einzelnen Bereiche anhand von Beispielen. Hierzu ergeben sich Fragen und Anmerkungen. Einzelnen Mitgliedern fehlen weitere Beispiele, z.B. bestimmte DIN-Normen zur LBO, andere würden die Darstellung grundsätzlich anders aufbauen. Aus Sicht der Menschen mit psychischen Erkrankungen finden ihre Bedarfe bzgl. Barrierefreiheit wenig Beachtung. Dies sind z. B. reizreduzierte Räume in Einkaufszentren oder die Belästigung durch Sirenen der Polizei und der Rettungsfahrzeuge.

Im 2. Teil der Präsentation sind die Karten vom Workshop am 5.10 den oben genannten Bereichen zugeordnet worden. Der Schwerpunkt ist im Bereich Bauen (LBO), da es drei Karten zum Thema „Wohnen“ und zwei Karten zur LBO gibt. Teilweise gibt es kritische Anmerkungen bzgl. der Zuordnungen und Schlussfolgerungen der Landesbeauftragten. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit kommen die Mitglieder überein, sich im Januar vertieft in einem zusätzlichen Termin zu diesem Thema auszutauschen und die Schwerpunkte für die Befassung in der Landesbeiratssitzung am 13.2. festzulegen.

5. Verschiedenes

Arne Braun

Zur nächsten Landesbeiratssitzung am 13.2 kommt von 18.15 – 19.00 die Sozialministerin Aminata Toure. Damit sie sich besser vorbereiten kann, wird Arne Braun im Vorwege die Themen und Fragen der Mitglieder per Email abfragen.